



INFORMATIONSVORLAGE öffentlich

Federführung:

Referat Stadtentwicklung, Klima und Internationales

VORL.NR. 013/24

Sachbearbeitung:

Hannah Seyfang

Holger Heß

Datum:

16.01.2024

Betreff:

11 Thesen zur Finanzierung der nachhaltigen Entwicklung vor Ort

Bezug SEK:

Alle HF, insbesondere HF 12 (Leistungsfähige und lernender Verwaltung) und 11 (Klima und Energie)

Bezug:**Anlagen:**

Thesenpapier "Starke Kommunen oder schwache Transformation", Rat für nachhaltige Entwicklung

Mitteilung:

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) berät die Bundesregierung zur Nachhaltigkeitspolitik. Er ist in seiner Tätigkeit unabhängig und wird seit 2001 alle drei Jahre von der Bundesregierung berufen. Ihm gehören 15 Personen des öffentlichen Lebens aus der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Politik an. Er wurde erstmals im April 2001 von der Bundesregierung berufen.

Die Aufgaben Rates sind:

- die Entwicklung von Beiträgen für die Umsetzung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie,
- die Benennung von konkreten Handlungsfeldern und Projekten
- sowie Nachhaltigkeit zu einem wichtigen öffentlichen Anliegen zu machen.

Inhaltlich und in seinen Aktionsformen ist der Rat unabhängig. Ergebnisse seiner Arbeit sind zum Beispiel der Deutsche Nachhaltigkeitskodex, diverse politische Stellungnahmen zur nationalen und internationalen Nachhaltigkeitspolitik sowie zu Themen wie Klimaschutz, Rohstoffe, zirkuläres Wirtschaften, Plastik, Landwirtschaft.

Der Rat bringt Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister im Dialog „Nachhaltige Stadt“ zusammen, er vernetzt Akteure durch die Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien (RENN) sowie durch die Deutschen Aktionstage Nachhaltigkeit. Auf Einladung des RNE ist auch

Oberbürgermeister Dr. Knecht Mitglied in diesem Dialogformat zur nachhaltigen Stadt und bringt die langjährige Erfahrung Ludwigsburgs in der integrierten nachhaltigen Stadtentwicklung in den Diskurs mit ein. Aktuell aber in besonderer Weise auch die Herausforderungen, angesichts des immensen Investitionsbedarfs um Wohnungsnot, Klimawandel und Energiewende auf kommunaler Ebene gerecht zu werden.

Anlässlich der aktuellen kontroversen Debatten richten die Oberbürgermeister*innen und Bürgermeister*innen aus dem Dialog „Nachhaltige Stadt“ elf Thesen zur Finanzierung der Nachhaltigkeitstransformation in den Kommunen an die Bundesregierung. Sie setzen sich u.a. für eine Reform der Schuldenbremse, einen Strategiewechsel bei Förderprogrammen, die Mobilisierung privaten Kapitals für die Transformation und mehr kommunale Freiheiten bei der Ausgestaltung von Steuern und Abgaben ein. Die Finanzpolitik in Deutschland stehe nicht erst seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds vor enormen strukturellen Herausforderungen, die es endlich zu lösen gelte.

Nicht nur die Spielräume im Bundeshaushalt, sondern auch und vor allem die der Kommunen werden immer enger. Doch gerade vor Ort muss weiter massiv investiert werden, um nachhaltige Infrastrukturen aufzubauen: in den Ausbau des ÖPNV, in dekarbonisierte Wärmenetze, erneuerbare Energien und die Stromnetze, in blau-grüne Infrastrukturen zur Klimaanpassung und den Hitzeschutz, die Gebäudesanierung insbesondere der Bildungs- und Kultureinrichtungen oder den Umbau kommunaler Wälder.

Die von den Oberbürgermeister*innen und Bürgermeister*innen aus dem Dialog „Nachhaltige Stadt“ formulierten 11 Thesen:

1. Die Kommunen müssen für die Bewältigung der Nachhaltigkeitstransformation ausreichend finanziert werden – oder die Transformation wird scheitern.
2. Um Deutschland transformationsfit zu machen, brauchen wir eine Reform der Schuldenbremse.
3. Klimaschutz und Klimaanpassung sollten kommunale Pflichtaufgaben werden – wenn gleichzeitig die Aufgaben konkretisiert werden und ihre Finanzierung steht.
4. Investitionen und Personal sollten durch wirkungsorientierte Transformationsbudgets für die Kommunen statt durch komplizierte Förderprogramme finanziert werden.
5. In der strategischen Verknüpfung von Nachhaltigkeitszielen mit dem kommunalen Haushalt stecken große Potentiale. Bund und Länder sollten von den zahlreichen Erfahrungen der Kommunen lernen.
6. Umweltschädliche Subventionen müssen abgebaut und freiwerdende Mittel in die Finanzierung der Transformation investiert werden.
7. Bund und Länder sollten Finanzierungsrisiken beim kommunalen Praxistest von neuen Technologien abfedern.
8. Die Kommunen brauchen vergünstigte Kreditkonditionen für Transformationsprojekte bei Nachweis von Nachhaltigkeitsleistungen.
9. Die Kommunen brauchen mehr Freiheiten im Sinne der Nachhaltigkeit – auch bei Steuern und Abgaben.
10. Die Altschuldenproblematik muss gelöst werden – für gleichwertige Lebensverhältnisse.
11. Wir müssen mehr privates Kapital für die Transformation vor Ort mobilisieren.

Oberbürgermeister Dr. Knecht erhofft sich durch die Zusammenarbeit mit dem Nachhaltigkeitsrat ein stärkeres „Gehörtwerden“ der kommunalen Seite und wird die formulierten 11 Thesen ebenfalls den

Ludwigsburger Abgeordneten im Bundestag und Landtag mit der Bitte um Unterstützung zur Verfügung stellen.

Unterschriften:

Holger Heß

Finanzielle Auswirkungen?				
<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	Gesamtkosten Maßnahme/Projekt:		EUR
Ebene: Haushaltsplan				
Teilhaushalt		Produktgruppe		
ErgHH: Ertrags-/Aufwandsart				
FinHH: Ein-/Auszahlungsart				
Investitionsmaßnahmen				
Deckung		<input type="checkbox"/> Ja		
		<input type="checkbox"/> Nein, Deckung durch		
Ebene: Kontierung (intern)				
Konsumtiv			Investiv	
Kostenstelle	Kostenart	Auftrag	Sachkonto	Auftrag

Verteiler:

Alle Fachbereiche/1